

Kimmel, Gerhard, Klein, Paul: Gewalt im Militär, in: Wilhelm Heitmeyer/John Hagan (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 215-234.

Luhmann, Niklas (1975): Macht, Stuttgart: Enke.

Luhmann, Niklas (1998): Der Staat des politischen Systems, in: Beck, Ulrich (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 345-380.

Nedelmann, Brigitte (1997): Gewal soziologie am Scheideweg. Die Auseinandersetzung in der gegenwärtigen und Wege der künftigen Gewal soziologie. In: KZfSS, Sonderheft 37. S. 59-85.

Reemtsma, Jan Philipp (2008): Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne, Hamburg: Hamburger Edition.

Reemtsma, Jan Philipp: Folter im Rechtsstaat? Hamburg: Hamburger Edition.

Reichert, Jo (2003): Hermeneutische Polizeiforschung. In: Möllers/van Ooyen (2003) (Hrsg.): S. 29-56.

Schnell, Rainer, Hill, Paul B., Esser, Elke (2005): Methoden der empirischen Sozialforschung. München: Oldenbourg

Seeger, Matthias (2008): Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Bundespolizeigesetzes und anderer Gesetze. In: Deutscher Bundestag (2008): Ausschussdrucksache 16(4)329 A. [http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a04/anhoeerungen/Anhoerung11/Stellungnahmen\\_SV/Stellungnahme03.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a04/anhoeerungen/Anhoerung11/Stellungnahmen_SV/Stellungnahme03.pdf) (letzter Abruf: 27.04.10).

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss einer verstehenden Soziologie, Tübingen 1976.

Weick, Karl E. (1995): Sensemaking in organizations. Thousand Oaks: Sage Publ.

Wieser, Diana (2008): Humor. <http://www.social-psychology.de/sp/konzepte/humor> (letzter Abruf: 01.04.2011)

In: Ohlemacher, Thomas/Jochen-Thomas Werner (Hrsg.): Empirische Polizeiforschung XIV: Polizei und Gewalt. Interdisziplinäre Analysen zu Gewalt gegen und durch Polizeibeamte, Frankfurt am Main (Verlag für Polizeiwissenschaft), S. 177-196

## Die „Gewalt der Anderen“ oder: Warum es bei der aktuellen Gewaltdebatte nicht (nur) um Gewalt geht

Rafael Behr

Die situativen und strukturellen Kontextbedingungen von Gewalt werden in der Trennung der Diskurse in Gewalt gegen die Polizei (KFN, Polizeigewerkschaften, Polizeiführung) und in Gewalt durch die Polizei (für andere: Amnesty International 2010) unterdrückt. Dabei wäre es klug und laut, auch die Gewalt zwischen dem Staat und seinen Bürgern als Interaktionszusammenhang zu begreifen und miteinander zu verschränken. Nicht nur phänomenologisch, sondern auch diskursiv wäre es ein großer Gewinn, wenn man Gewaltinteraktionen untersuchen könnte, statt Gewalt isoliert und mit einer künstlich hergestellten Differenz in (nur) Täter und (nur) Opfer zu behandeln. Der Gewaltsatz der Polizei steht oftmals unter einem subkulturell tradierten Schweigegelübte (Feldes). Es fällt vielen Verantwortlichen in der Polizei schwer, ihn als Teil einer organisationalen Transparenz mit in die Auseinandersetzung einzubeziehen. Die Reduktion der Gewalt von und an der Polizei auf Gewalt gegen Polizeibeamte führt zu nehmend zu einer dichotomen Haltung unter den Polizisten, die darin besteht, die Gesellschaft als gewalttätig, als tendenziell feindlich gesinnt zu empfinden und sich dementsprechend mental und maßnahmenbezogen härter auszustatten und darzustellen. Sie bedient im Übrigen ein weit verbreitetes Selbstbild in der Polizei, sich als eher reaktiv und defensiv zu beschreiben, die anderen Akteure dagegen als aktiv, provozierend, herausfordernd etc.

## 1. „Gewalt ist nur vor der Glotze geil“ – zur Verdrängung von Gewalt in den virtuellen Raum

Vor einiger Zeit hat Udo Behrendes von der Kölner Polizei während eines Vortrags bei Amnesty International in Berlin bemerkt, dass die zwei Polizeibeamten, die die Übergriffs-Vorgänge auf der Wache in Köln Eigelstein (Stefan Neisius) mitbekommen haben, und einige Stunden Zeit benötigten, bis sie sich durchringen konnten, das, was sie gesehen hatten, auch zur Anzeige zu bringen, nicht etwa als Kronzeugen, sondern mindestens ein halbes Jahr von der Staatsanwaltschaft als Beschuldigte geführt wurden. Die Begründung war, dass sie das Geschehen hätten unmittelbar anzeigen bzw. sogar unterbinden müssen. Da sie das nicht taten, machten sie sich u.U. der Strafvereitelung im Amt bzw. der unterlassenen Hilfeleistung schuldig.

Mich hat diese Schilderung berührt, denn ich kann mich sehr gut in diese zwei Menschen hineinversetzen, die erst begreifen mussten, was da passiert war, die nicht sofort wussten, was richtig und angemessen war. Ich kann mir die Überwältigung und die Handlungsunfähigkeit in der Situation sehr gut vorstellen. Und ich habe Sympathie für das Zaudern, ich finde es auch nicht immer leicht, in einer Situation die richtige Entscheidung zu treffen, von der später alle sagen werden, es sei die einzig richtige oder die ganz und gar falsche gewesen. Strafrechtlich spielt das Zaudern, das aus der Abwägung von Polizeistenkultur und Polizeikultur herrührt, also aus der Konkurrenz zwischen Loyalität gegenüber den Kollegen und Integrität gegenüber dem Recht, keine Rolle, zumindest keine entschuldigende. Um dieses Spannungsfeld wird es in diesem Aufsatz gehen: die Gewalt der Polizei und der Konflikt zwischen Loyalität und Integrität.

Ich befasse mich mit der Gewalt von Polizisten und Polizistinnen fast so lange, wie ich mich mit der Polizei befasse. Aus dieser Erfahrung heraus plädiere ich dafür, auch die Gewalt der Polizei aus dem Alltag des Gewaltmonopols heraus zu denken, nicht vom Exzess oder der Ausnahme-situation heraus. Dies bedeutet, in erster Linie auf die Normalitätskonstruktionen zu achten und von dort aus die Durchbrechung der Routinen zu beschreiben. Ein Beispiel: Im Alltagshandeln ist nach wie vor die Idee des „herrschftsunterworfenen Bürgers“ dominant<sup>1</sup>. Polizisten erwarten, dass

<sup>1</sup> Vgl. dazu ausführlich Vöney (2010, S. 137) mit Verweis auf Rousseau. Die Anerkennung der Differenz zwischen Staat und Bürger ist konstitutiv für die Entwicklung des Gewaltmonopols und sie steht der heutigen Semantik vom Verschwinden der Differenz zwischen Polizei und Bevölkerung geradezu diametral entgegen. Ich glaube, die Verwischung der Differenz zwischen Polizei und Bürger hat dramatische Folgen, deren Wirkung noch überhaupt nicht abgeschätzt wurde. Wenn behauptet wird, die Polizei sei eine „Bürgerpolizei“, dann verschwindet die Durchsetzungsfähigkeit des

ihren Anweisungen Folge geleistet wird. Ist dies nicht der Fall, wird die Anweisung wiederholt, vielleicht etwas lauter, mit mehr Nachdruck. Bei nachhaltiger Nichtbefolgung setzt Sanktionsbereitschaft ein (Körpersprache, bes. Distanzunterschreitung, Drohung mit Konsequenzen körperliche Offensive, Anfordern von Verstärkung etc.). Die Erwartung der prinzipiellen Herrschaftsunterworfenheit wird oft genug nicht bestätigt, und das löst jedes Mal wieder Ärger, Unverständnis, Klagen aus. Das traditionelle Verständnis der Polizei, dass der Bürger gegenüber dem Staat in einem Verhältnis steht, das durch prinzipiellen Gehorsam gekennzeichnet ist, wird auch in Großlagen nicht suspendiert. Auch bei vermeintlich konsensuellen Themen muss der Bürger z.B. über die rhetorische Figur, „wir sind auch gegen Atomkraft, aber wir müssen unseren Job machen, also behindern Sie unsere Aufgabe nicht“ den Weg aus der inhaltlichen in die prozedurale Argumentation mitmachen. Die Konversion von Debatten vom Inhaltlichen ins Formale ist eines der größten Verstehenshindernisse in der (in der Regel dann unbefriedigend verlaufenden) Kommunikation zwischen Polizisten und Demonstranten. Polizisten sind darin geübt, aus der inhaltlichen Debatte auszusteiern und auf das formale Recht zu insistieren. Ein junger Polizist sagte in einer Diskussion um Stuttgart 21: „Es ist mir egal, wie alt die Demonstranten sind, wenn sie nach der dritten Aufforderung, die Demonstration zu verlassen, nicht weg sind, dann sind sie für mich Straftäter wie alle anderen.“ So schnell geht es, dass der Bürger nicht mehr nur Bürger, sondern Straftäter ist.

Erst die Kontextrahmung kodiert die Gewalt. Auf der einen Seite des Rechts heißt es dann unmittelbarer Zwang oder Körperverletzung im Amt, während die Gewalttätigkeit des Gegners Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte oder Körperverletzung oder anderes ist. Es ist auf jeden Fall „violencia“ (schon im Wort liegt etwas Unbotmäßiges), während das Gewaltwandelnd des Staates im Lateinischen „potestas“ genannt wird. Staatsgewalt (potestas) ist auf der juristischen Ebene seelen- und körperlos, sie hat keine Affekte, keine Gefühle, keine Angst, keine Wut, kennt keine Rachegefühle, hat keine Schmerzen, keine Wunden, keine Verletzungen, staatliche Gewalt fühlt nicht. Auf der Ausführungsebene (Cop Culture) ähnelt

Staates aus dem Blickfeld, sie ist aber faktisch in jeder Amishandlung spürbar. Nur dass es dafür dann kein Vokabular mehr gibt. Ich kenne einen Polizisten (allerdings arbeitet er in Wien), der Beschwerdeführer gegen polizeiliche Maßnahmen oft mit dem Satz „Denken Sie daran, dass Sie Herrschaftsunterworfenen sind“, in die Schranken weist. Zumindest hat er dann, so sagt er, den Überraschungsmoment auf seiner Seite, denn die Aufmüpfigkeit gegen den Beamten wird für einige Zeit ausgebrems (dazu muss man aber wissen, dass dieser Polizist eine sehr stattliche Figur und eine ebensolche Stimme hat, was in bestimmten Situationen durchaus helfen kann, sich Respekt zu verschaffen).

sie aber phänomenologisch sehr ihrem Gegenstück, der unmittelbaren *violencia*. Hier wird sie nämlich körperlich, sie wird transformiert von der Idee bzw. vom Produkt zum Prozess, anders gesagt, sie wandert vom Ergebnis in den (sozialen) Prozess. Das haben Polizeibeamtinnen und -beamte zu leisten und da sind sie sich ihren Kontrahenten (dem sog. „polizeilichen Gegenüber“) näher als sie wahrhaben wollen. Denn zu den vielen Transformationsbedingungen gehören auch die unmittelbare Körperlichkeit, das Agieren und die emotionale Vorarbeit dazu.

Aus diesem Kontextverstehen wird es möglich, die hohe Empfindlichkeit der Polizisten gegenüber der ihr entgegengebrachten Gewalt zu ermessen. Sie sind nicht so sehr erschrocken über die Faktizität der Gewalt und ihre konkrete Erscheinungsform, denn die nimmt seit Inkrafttreten des Verbotens der Empörung und vielleicht auch das Erschrecken lassen sich einordnen, wenn man akzeptiert, dass nicht die Gewalt schlimmer, sondern die Gewaltperzeption sensibler geworden ist. Ganz entgegen den medialen Inszenierungen sind wir es ja faktisch gewohnt, in einer prinzipiell gewaltfreien Gesellschaft zu leben. Die oft bemühte Metapher von der Wirtshauschlägerei, in die man als Polizist früher oft verwickelt wurde, gehört heutzutage zum mythologischen Bestand der Cop Culture. Von einigen szenetypischen Orten und Zeiten abgesehen (der Hamburger Kiez gehört sicher dazu, auch andere Großstädte, wie Köln und Düsseldorf verfügen über „Kneipenmeilen“), wird heute aber gar nicht mehr regelmäßig in Lokalen um sich gehauen. Gewalt ist also aus dem Alltag der meisten Menschen weit zurückgedrängt, und nur noch medial richtig spannend (und verfügbar). So rutscht die real erfahrbare Gewalt im Bewusstsein der Öffentlichkeit an den Rand des Alltagsbewusstseins, aber vielleicht ins Zentrum des *Event-Marketings* (d.h. uns wird vorgeführt, wie „geil“ Gewalt sein kann, aber es bleibt immer eine Vorführung, in der der Normalbürger zahlender oder passiver Kunde/Zuschauer ist, dem ein Erleben nur suggeriert wird – er erlebt nur aus der Distanz, vom heimischen Kino aus, er muss, um so zu tun als erlebe er, seine Wohnung nicht mehr verlassen<sup>2</sup>). Auch im Bewusst-

<sup>2</sup> Besonders gut wirkt in der Gewalt-Darstellung, wenn es den Tätern „nur“ langweilig war, wenn sie dem Opfer nichts oder nur wenig abgenommen haben und/oder wenn sie noch auf das Opfer einschlugen, als es sich nicht mehr wehren konnte. Auch die Begründung „Hass auf Deutsche“, wie vor kurzem aus Berlin zu hören war, vgl. <http://www.bild.de/regional/berlin/koerpervertletzung/berlin-lichtenberglu-bahnhof-malergeselle-koma-motiv-hass-auf-deutsche-18669308.bild.html> (29.11.11) heizt die Ressentiments der Leserschaft an, die dann eine Weile glauben, sie könnten nicht mehr vor die Tür, weil dort Horden türkischer Jugendliche darauf warteten, sie krankenhausreif zu prügeln. Dass das alles mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat, ist weniger gut vermittelbar als die Überschriften von jugendlichen U-Bahn-Schlagern. Was ich sagen will, ist, dass es oft nicht um reine Berichterstattung geht, sondern um das

sein der Polizei rutscht die Gewalt weg, zumindest wenn man sich die offiziellen Leitbilder der Polizeien anschaut, in denen das Wort Gewalt schlichtweg nicht mehr vorkommt, hat man das Gefühl, es gehe nur noch um „smart policing“.

Eine Folge der Verbannung der Gewalt aus der „Oberwelt“ der Polizei besteht darin, dass viele Polizisten einen wesentlichen Bestandteil ihrer beruflichen Alltagsrealität nicht erwähnt sehen. Sie müssen sich den dazu notwendigen Habitus anderweitig aneignen, z.B. durch die *Selbst-Heroisierung* im Rahmen der subkulturellen Diskurse, aber auch durch ausgeliehene Macht, die nicht von Leitbildern, sondern von Leitfiguren aus Action-Filmen stammt. Diese Verselbständigung kommt besonders für Organisationsseinheiten mit Zugangsbarrieren (Freiwillige, Bestenauslese, Eingangsprüfungen) in Betracht, die an den Nimbus der Spezialität heranreichen, ihn aber faktisch nicht erfüllen (z.B. meine ich damit BFEinheiten der Bereitschaftspolizei, die ich auch als „semi-elitäre Verbände“ bezeichne).

Realiter ist also die Beschädigung anderer Menschen ebenso Bestandteil des polizeilichen Auftrags wie die Bewahrung anderer Menschen vor Beschädigung. Auf der Ausführungsebene ist es nicht so leicht, sich nur als Menschenrechtsorganisation zu bezeichnen, denn der Schutz des einen Menschenrechts kann gleichzeitig den Eingriff in ein anderes bedeuten. Der Menschenrechtsschutz muss nicht aufwändig begründet werden, besonders betont wird er regelmäßig im polizeilichen Marketing. Auch die Berufsvertretungen betonen immer wieder die Rolle der Polizei als Menschenrechtsschutzorganisation. Dagegen wird die Beschädigung von Menschenrechten öffentlich nicht so umfassend erwähnt, sie wird aber dafür in der internen Berufsvorbereitung besonders intensiv unter dem rechtlichen Gesichtspunkt behandelt. Das Bewusstsein für die Komplexität solcher Situationen und die daraus folgende Ausgeglichenheit zwischen Bewusstsein und der konkreten Handlung wird jedoch erst durch konkrete Erfahrung im Umgang mit Gewaltphänomenen erreicht und ist dementsprechend bei vielen jungen Polizisten noch nicht habitualisiert. Sie bedürfen der praktischen Begleitung durch Vorgesetzte oder durch erfahrene, aber sozial wach gebliebene Kollegen. Gerade junge, männliche Polizeibeamte identifizieren sich oft mit der Figur des starken Staates. Die Autorität, die sie anzuerkennen und zu verteidigen bereit sind, ist keine personale, sondern bezieht sich auf das Gesetz. Es repräsentiert Vernunft und überindividuelle Legitimität. Dass sie damit in Situationen geraten, die per Gesetz allein nicht mehr zu

Bedienen der Schreckensvisionen des Publikums, aber auch dessen Strafphantasien und Projektionswünsche.

bewältigen sind, haben sie sich zwar kognitiv angeeignet, aber nicht internalisiert, sonst würden sie möglicherweise behutsamer agieren. Junge Polizei-Männer wissen nicht immer, wen sie vor wem oder was wie wann warum schützen sollen. Deshalb orientieren sie sich einerseits am eindeutigen (und starken) Gesetz, und entwickeln andererseits ihre Identität aus Bruchstücken von Mythen und die Polizei und deren Aufgabe. Die kollektiven Erzählungen und die Bilder um den 1. Mai oder den Castor-Transport und die vielen anderen rituellen *Kampf-Gelegenheiten* gehören zum Fundus für die Identifikation der Jungpolizisten mit ihrer noch ungefestigten und/oder ungeprüften Lieblingsrolle.

Polizisten mit einem eher kriegerischem Habitus gehen andererseits offen-siv auf das aggressive Beziehungsangebot der Gegenseite ein, sie nehmen Körperkontakt auf, halten es aus mit ihnen, und weisen den einen oder anderen in die Schranken. In einiger Hinsicht kann man fast von einem symbiotischen Verhältnis zwischen aggressiven Männlichkeiten auf beiden Seiten des Rechts sprechen (was insbesondere bei der sog. Event-Gewalt eine Rolle spielen dürfte). Oft ist es ein Verhältnis zwischen Spätadoleszenten, die vielleicht mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes haben, die, nur durch den normativen Kontext unterschieden, auf zwei verschiedenen Seiten ein und desselben Handlungszusammenhangs stehen, dabei um ihre Ehre kämpfen und beide ihre Körper bzw. ihre Gesundheit riskieren. Beide befinden sich im Normenzusammenhang des „doing masculinity“ (Meuser 2006). Bis zu einem bestimmten Grad müssen Polizisten also Beschädigungsroutinen erlernen, genauso wie sie Routinen der Vermeidung von Eskalation lernen müssen.

Die hohe Empfindlichkeit der Polizisten gegenüber der ihr entgegengebrachten Gewalt ist nur aus dem Kontextverstehen her zu ermessen. Sie sind nicht so sehr erschrocken über die tatsächliche Gewalt, denn die nimmt seit Inkrafttreten des Vermummungsverbots faktisch immer mehr ab bzw. sie nimmt nicht exorbitant zu. Dies gilt zumindest qualitativ: wer mit Polizei-„Veteranen“ aus der Zeit der großen Hausbesetzungen in Berlin, Frankfurt und Göttingen oder der Hamburger Hafenstraße, der Kurden-demonstrationen, der Startbahn-West-Aktivitäten, von Wackerndorf und Brokdorf-Einsätzen redet, der bekommt ein Gespür dafür, mit welcher Gewaltintensität die Polizei schon konfrontiert war. Angriffe wie sie 1976 in Frankfurt stattgefunden haben, als POM Jürgen Weber von einem in ein Streifenfahrzeug geworfenen Molotow-Cocktail getroffen und schwer verletzt wurde<sup>3</sup>, oder die Tötung von zwei Polizeibeamten im November 1987 an der Frankfurter Startbahn-West, blieben glücklicherweise in den letzten

Jahren aus. Ich halte es deshalb für mindesten grob fahrlässig und für populistisch, wenn die Berufsvertretungen heute gebetsmühlenartig von einer qualitativen und quantitativen Steigerung der Gewalt und bürgerkriegsähnlichen Geschehnissen bei Demonstrationen oder Sportereignissen reden (so z.B. die Gewerkschaft der Polizei, vgl. <http://www.gdp.de/gdp/gdp/nsf/id/fugz,30.11.11>). Der inflationäre Gebrauch des Wortes „Bürgerkrieg“ hilft in diesem Zusammenhang überhaupt nicht weiter, sondern fördert lediglich die Wagenburg-Mentalität innerhalb der Polizei. Auch die anderen Jingles nutzen sich leicht ab, und sie stimmen auch innerhalb der Konfliktgeschichte zwischen Demonstranten und der Polizei nicht: Wenn der aktuelle GdP-Vorsitzende nach dem Castor-Transport sagt: „Der Hass und die Gewalt, die meinen Kolleginnen und Kollegen von einzelnen autonomen Gruppen entgegenschlug, waren ohne Beispiel“ (vgl. <http://pdf.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-11/castor-transport-poli-zei.pdf> 30.11.11), dann blendet er die Gewalt in den Fußballstadien aus, die Gewalt zum G-8-Gipfel, die Gewalt zum Castor-Transport 2010 etc.

Natürlich gibt es regelmäßig Gelegenheiten, in denen die Situationen entgleisen und Menschen zu Schaden kommen. Das können politische oder sportliche Großereignisse sein, wiederkehrende Konfliktthemen (wie z.B. die Veranstaltungen rund um den 1. Mai in Berlin oder das Hamburger Schanzfest, aber auch die Castor-Transporte sind, bei aller Routine, immer wieder für Entgleisungen auf beiden Seiten gut). Aber insbesondere vor dem Hintergrund der Bilder, die uns aus der übrigen Welt erreichen, und auch vor dem Erfahrungshintergrund vieler Polizeibeamten und -beamtinnen mit Erfahrungen in Auslandsmissionen, ist die rhetorische Dramatisierung der Gewalt gegen die Polizei gefährlich.

Vor der Ermittlung und Analyse von konkreten Gewaltinteraktionen steht nach meinem Dafürhalten die Dekonstruktion der polizeiinternen Diskurse um die „Gewalt der Anderen“. Denn es sind in der Regel immer die anderen, die gewalttätig sind. Und wenn es keine konkrete körperliche Gewalt ist, dann wird das gewalttätige Verhalten „vorverlagert“ in den Bereich der Unbotmäßigkeiten oder der Verbalinjurien. Eine interne, bislang unveröffentlichte Lagebildarstellung der Hamburger Polizei kommt explizit zu dem Ergebnis, dass die Gewalt im täglichen Dienst weder quantitativ noch qualitativ zunimmt, und dass sie bei besonderen Anlässen auch nicht qualitativ zunimmt, sondern die Kontextbedingungen sich verändern (so wird insbesondere auf die Zunahme von Handycameras hingewiesen, die einzelne Polizeiaktionen sofort ins Netz stellen können, wodurch sich die Beam-

<sup>3</sup> Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/1987\\_Polizei\\_Molotow](http://de.wikipedia.org/wiki/1987_Polizei_Molotow) (5.11.11)

ten auch verunsichert fühlen)<sup>4</sup>. Dieses Lagebild spricht aber auch vom „straflosen Vorfelddverhalten“ (schon dies ist ja eine quasi juristische Definition, die darauf hindeutet, dass es nach dem „Vorfeld“ auch ein strafbewehrtes „Hauptfeld“ gibt), das zumindest. Ich glaube, dass die heutige Klage über die Zunahme der Gewalt die Folge eines Auseinanderdriftens von Polizeikultur und Polizistenkultur ist und dem damit einhergehenden Verlust an Wertschätzung, Respekt und Kommunikation zwischen Basis und Überbau der Polizei. Die Gewalt ist lediglich ein Hilfsmittel, um auf die Nöte der Polizisten aufmerksam zu machen, die nicht genau mit Gewalt zu tun haben.

## 2. Responsibilität und Responsivität der Polizei: Warum es bei der Gewaltdebatte nicht um Gewalt geht

Wer und wem nutzt die Polizei? Diese Frage stellt sich nicht nur Ökonomen und Kritikern der Polizei, sondern mindestens auch Polizeiwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern. Es besteht mit anderen Worten ein Bedarf an der Klärung des Zusammenhangs von Policing-Strategien und der Nachfrage polizeilicher Aktivität in der Bevölkerung. Die Diskussion um den gesellschaftlichen *Gebrauchswert* der Institution Recht und Sicherheit orientieren sich seit einiger Zeit nicht nur an der juristischen oder staatsrechtlichen Funktion, sondern auch am Selbstverständnis, dem *Nutzen* und dem tatsächlichen Beitrag für die soziale Friedenssicherung, der Erreichbarkeit und Frequentierung sowie der Verantwortlichkeit der Polizei für ihren Stadtteil. Während also auf der einen Seite das nationale Gewaltmonopol perfortiert wird durch supranationale Einsätze und Kooperationen (Stichwort: „Polizei in Auslandsmissionen“), wird sie auf der anderen Seite auch darauf hin befragt, wie sehr es ihr gelingt, ihre Rolle als gesellschaftliche Friedensinstanz vor Ort auszufüllen. Dies führt u.a. dazu, die Begriffe *Kunden*, *Klienten* und *Nutznießer* der Polizei neu zu definieren.

Der Begriff „Responsivität“ wird vor allem in den Politikwissenschaften benutzt und beschreibt Rückkopplungsprozesse zwischen der politischen Klasse und den Wählern. Gemeint ist die *Aufnahmefähigkeit* der Politik hinsichtlich der Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung. Auf Polizei übertragen heißt das, sich den Rückkopplungsprozessen des polizeilichen Handelns an die Interessen der von ihr betreuten Bevölkerung zu widmen. Wie weiß die Polizei, dass sie die Interessen der Bevölkerung vertritt? Die Diskussion wird immer wieder um die Begriffe „Sicherheit“ oder „Ge-

<sup>4</sup> Eine Quellenangabe muss ich bislang schuldig bleiben, weil die Studie noch unter Verschluss der Behörde für Inneres ist.

walt“ konzentriert. Doch schon die Arbeiten von Thomas Feltes u.a. aus den 80er Jahren zeigen, dass die Polizei eine Hilfsinstanz für ganz diffuse Anlässe ist (vgl. u.a. Feltes/Rebscher 1990; Dreher/Feltes 1996) und die theoretischen wie empirischen Bemühungen um „community policing“ oder „problem oriented policing“ zeigen sämtlich auf, dass die Reaktion auf Notrufe nur ein relativ kleiner Teil des Aufgabenspektrums einer modernen Polizei ist. Tatsächlich ist der Fußstreifenbeamte vor Ort (in Hamburg werden diese Stadtteilpolizisten noch etwas umständlich „Besonderer Fußstreifendienst“ genannt) für die Herstellung des sozialen Friedens in einem Stadtteil wesentlich wertvoller als mehrere dahinrauschende Mercedes-Streifenwagen. Doch ihr erklärter Nachteil besteht darin, dass sie die in der Polizeilichen Kriminalstatistik relevanten Straftatbestände nicht in leicht begründbarer Form aufklären. In Sachen Responsivität der Polizei wären natürlich auch die mannigfaltigen Einbindungen der Vollzugspolizei in Aktivitäten der „kommunalen Kriminalprävention“ zu nennen, die ihr viele Sitzungen an runden Tischen etc. beschert, und in deren Rahmen sie auch viel Gutes bewirken kann. Nach meinem Eindruck sind aber die „goldenen Zeiten“ der Kommunikation schon wieder vorbei: Die Rufe nach einer Konzentration auf die Kernaufgaben der Polizei werden lauter, und mit Kernaufgabe meint man natürlich unterm Strich das Streifenfahren und die Reaktion auf Notrufe. Dass die Vernetzung der Polizei mit anderen gesellschaftlichen Akteuren und die Expansion des Präventions- und Opferschutzansatzes nicht zu den Kernaufgaben der Polizei gehört, das ist allerdings eine politische Setzung, für die es wenig theoretische Evidenz gibt.

Polizeiliche „Responsibilität“ (Verantwortlichkeit) bezieht sich dagegen auf die Ausgestaltung des (sehr abstrakten) polizeilichen Auftrags. Hierzu wird in der englischsprachigen Polizeiwissenschaft auch der Begriff „accountability“ verwendet, was aber auch als Berechenbarkeit, Transparenz und Zurechenbarkeit übersetzt werden kann. Die Wahrnehmung der polizeilichen Verantwortung bezieht sich auf die Vermittlung zwischen dem gesetzlichen Auftrag und der tatsächlichen polizeilichen Tätigkeit. Im Moment (und schon seit einiger Zeit) bilden kulturelle Bemühungen um eine „Bürgernahe Polizei“ den Mittelpunkt der Corporate Identity-Strategien. Sie bleiben aber unausgefüllt, wenn sie sich nur als Unternehmensstrategie herausstellen, sozusagen ohne Bodenhaftung bleiben. Es scheint nicht immer klar zu sein, ob die Selbstzuschreibung der Polizei auch dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung entspricht. Möglicherweise hat sich hier in den letzten Jahren etablierende Kundenbegriff, den auch die Polizeiführung gern verwendet, als geradezu kontraproduktiv erwiesen. Hier braucht es mehr empirische Forschung zum Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft (um das unsägliche Wort vom Anbieter und Kunden zu vermeiden) in Sachen öffentliche Sicherheit.

Die Frage „wer nutzt die Polizei?“ kann man wahrscheinlich empirisch nicht befriedigend klären. Aber man kann versuchen nachzufragen, welche Haltungen in Bezug auf die Polizei in der Bevölkerung vorhanden sind. Nimmt sie die Probleme der Menschen ernst? Nimmt sie ihre Aufgabe ernst? Wie kommt sie mit der Bevölkerung in Kontakt? Wie beantwortet die Polizei (institutionell und individuell) den Wunsch der Bevölkerung nach Sicherheit und Ordnung? Oder noch präziser gefragt: Was weiß die Polizei überhaupt von den Wünschen der Bevölkerung?

In letzter Zeit fokussieren sich die Auseinandersetzungen um das Beziehungsgefüge von Polizei und Gesellschaft sehr stark um den Begriff der Gewalt: Zum einen die Gewalt der Polizei gegen die Bevölkerung, zum anderen die Gewalt gegen Polizeibeamte. Die Gewalt ist für die Polizei zum Problem geworden. Nicht so sehr die eigene, also die „Staatsgewalt“ (potestas), sie ist nicht nur für die Polizei fraglos legal und legitim und unstrittig. Sie wird als Verhandlung zum Problem erst beim Übermaß oder beim Fehlgebrauch, wenn also mehr Gewalt angewendet wird, als erlaubt bzw. notwendig, oder wenn sie unrechtmäßig angewendet wird. So war das lange Zeit. Manchmal verwundert es geradezu, mit welcher Selbstverständlichkeit die heutigen Polizisten die Legitimität der staatlichen Gewaltanwendung internalisiert haben, dies wird nachher noch eine Rolle spielen. Mitunter hat man das Gefühl, dass es gerade diese Selbstverständlichkeit ist, die das Erschrecken über die Implikationen der Gewalt so groß werden lassen (z.B., dass Gewalt weh tut).

Neu ist vielmehr, dass die Gewalt, die der Polizei entgegengebracht wird, zum Problem wird bzw. zunehmend als Problem empfunden wird. Insbesondere die unmittelbare körperliche Gewalt, die sich gezielt oder beiläufig gegen Polizisten richtet, löst in letzter Zeit Debatten aus, die es früher so nicht gegeben hat. Wie kommt es dazu?

Ich vermute, es hängt mit einer Politik zusammen, die man, etwas grob zusammengefasst, eine Ära des „smart policing“ nennen könnte (vgl. Behr 2000). So unterschiedlich die konkreten Varianten dieser Strategie auch sein können, ihnen allen ist gemeinsam, dass sie die Beziehung zwischen Polizei und Bevölkerung zu verbessern suchen. In Deutschland geschieht dies insbesondere dadurch, dass etwa Ende der 80er Jahre in der Polizei neue Begriffe und Leitlinien eingeführt werden, die Polizei nennt sich zunehmend *Bürgerpolizei*, man kümmert sich intern um eine *Corporate Identity* und um *soft skills* (was nur unzulänglich mit *soziale Kompetenz* zu übersetzen ist), der Bürger ist nicht mehr Herrschaftsunterworfen, sondern *Kunde*, der von der Polizei eine Dienstleistung erhält und einfordert

kann. Die *Serviceorientierung* bestimmt fortan die Außendarstellung der Polizei. Einen Höhepunkt erreichen diese Initiativen mit der Rezeption der angelsächsischen Community Policing-Strategien (vgl. Bässmann/Vogt 1997), deren deutsche Variante in einer Vielzahl von Kommunalen Präventionsinitiativen mündet. Auf der Ebene von Polizeikultur arbeiten die meisten Länderpolizeien und der damalige Bundesgrenzschutz nun an einem *Polizeilichen Leitbild* (vgl. Prigge 2003). Es werden viele Anstrengungen unternommen, um den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen klar zu machen, dass *das polizeiliche Gegenüber*, wie es traditionell versachlicht wird, nun *Kunde* heißt, und dass die Polizei eine deutliche Hinwendung zum Bürger unternimmt (das Ganze funktioniert auch deshalb, weil die großen gesellschaftlichen Proteste aus der Friedens- und Umweltbewegung an Militanz abnehmen und sich ein gesellschaftlicher Konsens durchsetzt, dass die Polizei nicht der Feind der Demonstranten ist, sondern zwischen Bürger- und Staatsinteressen als Puffer dient (im Jahr 2010, nach dem Ausstieg aus dem Atomkonsens und dem Anstieg der Protestwelle, sagen dann wieder viele Polizisten, sie fühlten sich als „Prellbock einer verfehlten Politik“). Konrad Freiberg, bis 2010 Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), sagt im Zusammenhang mit Stuttgart 21: „Wir wollen als Polizisten nicht für ungelöste gesellschaftliche Konflikte den Kopf hinhalten“. Diese Bilder tauchen seit einiger Zeit immer häufiger und immer weiter zugespielt auf. Die Polizei wird von Ihren Berufsverbänden, aber auch von der Polizeiführung, nicht mehr als Institution des Staates, sondern deutlich *menschlicher*, *damit auch vulnerabler*, als Gruppe von Individuen („hinter jeder Uniform steckt doch auch ein Mensch!“) dargestellt, die sich einer enthemmten Menge von (meist juvenilen) Gewalttätern ausgeliefert sieht. Folgendes ist auffällig: Die Polizisten werden – wieder insbesondere von den Berufsverbänden – zunehmend zum Opfern brutalster Gewalt gemacht. Sie erscheinen nicht mehr als anonyme Rollenträger, auch nicht als diejenigen, die ebenfalls über ein erhebliches Gewaltpotential verfügen, sondern als Menschen, die sich opfern. Dagegen erscheinen die als *Täter* attribuierten Menschen im-

<sup>5</sup> Diese Meldung ging am 12.10.2010 in die Medienlandschaft hinein, vgl. <http://www.fr-online.de/politik/sicherheit-polizei-befuertigt-kollaps.1472596.473320.view.asFitML.html> (30.11.11). Interessant ist, dass nach oder vor jedem Großereignis die Gewerkschaftsfunktionäre in apokalyptischen Bildern übertreffen. Freiberg sprach schon 2010 vom Kollaps, der Vorsitzende der DPolG, Rainer Wendt, nach dem Castor 2011 auf der Homepage der DPolG wieder einmal davon, dass „die brutale Gewalt gegen Polizisten einen neuen Höhepunkt erreicht“ und die „Angriffe auf Einsatzkräfte ein unerträgliches Maß erreicht“ hätten (vgl. [http://www.dpolg.de/front\\_content.php?idcat=1168&lang=1&colint=1](http://www.dpolg.de/front_content.php?idcat=1168&lang=1&colint=1) (30.11.11)). man fragt sich unwillkürlich, ob es für Herrn Wendt überhaupt ein erträgliches Maß an Gewalt gegen die Polizei gibt, wenn er immer wieder aufs Neue behauptet, dass es so schlimm wie dieses Mal noch nie war.

mer anonym als *Chaoten*, *Abschaum*, *Unterschicht*, *gewaltorientierte Hedonisten* etc. pp. Diese Diskursverschiebung hat verschiedene Hintergründe.

Polizeipolitisch setzt sich spätestens ab den späten 80er Jahren die *präventive Wende* in der Polizeipolitik durch, in der die Sensibilität für das Tätigwerden, bevor etwas passiert ist, steigt und als Ziel der polizeilichen Erfolgs postuliert wird, *vor die Lage* zu kommen. Dies bedeutet, umgangssprachlich gesagt, dass die Polizei eine Gefahr aufspürt und abwendet, bevor sie zur manifesten (unmittelbaren) Gefahr geworden ist. Das ist hohe polizeiliche Kunst, so früh Gefahren zu erkennen, dass man sie beseitigt, bevor man für sie zuständig wird. Rechtlich bedeutet das die Ausweitung von Beobachtungs- und Kontrollbefugnissen, politisch bewegt man sich im Präventionsstaat.

Eine zweite wichtige Wendung nimmt die Polizeipraxis, nämlich die *Hinwendung zum Opfer*. Das Opfer taucht in den letzten Dekaden nicht mehr als mehr oder weniger seelenloses Beweisstück für die Anklage auf, sondern als Subjekt mit eigenen Interessen und mit Ansprüchen auf eine polizeiliche und justizielle Aufmerksamkeit. Kriminologen sprechen vom Trend zu einer „viktimären Gesellschaft“ (K.-L. Kunz: *Kriminologie*, 2008, 329), in der das Opfer bzw. der Verlierer zum neuen Referenzobjekt wird, nicht der Sieger. In der Polizei werden die Dienststellen, die Prävention und Opferschutz betreiben, aufgestockt bzw. neu geschaffen. Das Opfer-schutzgesetz hat ab 2001 Auswirkungen auf das Polizeirecht, die Polizei überwacht nun nicht mehr die allgemeine Gerechtigkeit, sondern mischt sich aktiv in Konflikte ein, sie schützt - z.B. bei Gewalt im sozialen Nahraum - das Opfer und weist den Täter weg. Neben die Überwachung der allgemeinen Gerechtigkeit tritt nun der Gedanke der konkreten *polizeilichen Fürsorge*. Meines Erachtens sind die Folgen dieses massiven Paradigmenwechsels noch nicht ansatzweise analysiert worden.

Diese drei Elemente (Leitbilddebatte, Präventive Wende, Hinwendung zum Opfer) haben direkt nichts miteinander zu tun, verändern jedoch nachdrücklich das Selbstverständnis der Polizei: Die Abkehr von der Dominanz der repressiven Funktion (Strafverfolgung) verändert das Selbstverständnis

<sup>6</sup> Die Verwendung der Begriffe „Abschaum“ und „Unterschicht“ ist eine Spezifität des Hamburger Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) und langjährigen Bürgerschaftsabgeordneten der Hamburger CDU, Joachim Lenders, der diese Zuschreibung relativ ungehört und auch weitgehend unkritisiert im Zusammenhang mit einem Gewaltexzess in Hamburg-Neuwiedenthal an die Adresse derjenigen Menschen richtete, die Polizisten nach einer eher missglückten polizeilichen Maßnahme angriffen (vgl. <http://www.taz.de/154815/>, Zugriff am 30.11.11).

der jungen Polizisten, sie werden nunmehr stärker und früher darauf vorbereitet, dass Prävention auch heißen kann, sich in einem Stadium um Menschen zu kümmern, in dem die Polizei früher noch gar nicht zuständig war. Opferarbeit verlangt mehr Empathie und soziale Kompetenzen (Kommunikation, Mediation, prozessuale und ganzheitliches Denken). Die Leitbilder verpflichten die Polizei und ihre Polizisten auf den Kantischen Imperativ, es kommen viele gute Eigenschaften zum Einsatz, nur eines fehlt in allen Leitbildern der deutschen Polizei(en): die Gewalt. Gewalt wird aus den Hochglanzbroschüren und dem offiziellen Bewusstsein der Polizei zunehmend eliminiert. In der Präventionslogik gibt es keine manifestierte Gewalt, da dieses ja gerade verhindert werden soll. Auch im Opferdiskurs geht es lediglich um die Gewalt der Anderen, der Täter, es handelt sich also, psychologisch gesprochen, um eine Externalisierung der Gewalt<sup>7</sup>. In der Polizeikultur ist sie natürlich noch präsent, in einigen Gegenden hypothetisch jeden Tag, spürbarer aber als mythopoetischer Bestand der Erzählkultur unter Polizisten. Sie wird praktiziert und mündlich überliefert, aber sie wird nicht reflexiv vermittelt. Die Verbannung der Gewalt ist lange Zeit niemandem aufgefallen. Immerhin hätte ein Leitbildsatz auch heißen können, „Wir gehen mit der uns gegebenen Befugnis zur Gewalt verantwortlich und bewusst um“. Doch dieser Hinweis fehlt in Deutschland völlig. In einem Reformprojekt der österreichischen Polizei wurden auch Orientierungssätze formuliert. Einer davon heißt: „Wenn wir in der Durchsetzung von Befugnissen Gewalt anwenden müssen, orientieren wir uns am Grundsatz: ‚So viel wie nötig, so wenig wie möglich‘“ (<http://www.bmi.gv.at/cms/cs03documentsbmi/787.pdf>). Immerhin ist dies ein Versuch, die Gewalt ins Bewusstsein der Institution und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu heben. Dagegen avanciert in der deutschen Polizeikultur der 90er Jahre die Gewaltlosigkeit zum Leitbegriff. Begriffe wie *soziale Kompetenz*, *Stressverarbeitung*, *Deeskalation durch Kommunikation* etc. werden nun nicht nur gelehrt, sondern auch in der Weiterbildung vermittelt. Heute finden Weiterbildungsseminare mit Titeln wie *Work-Life-Balance*, *Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz* und *Ruhestandsvorbereitung* reißenden Absatz<sup>8</sup>. Der Umgang mit Respektlosigkeit, Provokation etc. wird dagegen relativ spärlich vermittelt. So lange dies als eine *straflose Vorbereitungshandlung*

<sup>7</sup> Genau so sind alle Broschüren und Flugblätter der Gewerkschaften aufgebaut. Die Gewalt existiert ausschließlich bei den Anderen, die Polizei reagiert lediglich auf die ihr völlig unverständlicherweise entgegengebrachte Gewalt. Das gilt für fast alle hier erwähnten Ereignisse. Von der Polizei selbst geht nichts aus, sie bleibt als Gewaltakteur außen vor.

<sup>8</sup> Eine willkürliche Auswahl der *neuen Themen* im polizeilichen Bildungsbereich ist zu finden im Hamburger Polizeijournal Nr. 7/8 2011, S. 17. Dort wird unter der Überschrift „Arbeit und Leben im Gleichgewicht“ der erste Gesundheitstag der Hamburger Polizei beschrieben.

und nicht als Fortbildungsrelevantes Thema („Umgang mit Beleidigungen“, „gestörte Kommunikation“) gewertet wird, ist auch nicht zu erwarten, dass sich dazu das institutionelle Wissen vermehrt.

Nach meiner Wahrnehmung befindet sich die Polizei seit den 90er Jahren in einem wahrnehmbaren Prozess der *Entkörperlichung* und der Psychologisierung. Das ist gut und richtig, es weist aber darauf hin, dass das öffentliche und auch das polizeiliche Bewusstsein sich vom Physischen zum Psychischen hin verändert haben. Diesen Schritt vollziehen nicht alle *Kunden* der Polizei mit. Ich weiß nicht, ob es in bestimmten gesellschaftlichen Lebensmilieus heute brutaler zugeht, jedenfalls nehmen wir sie aber als ziemlich verroht war. Und die Diskrepanz wird größer zwischen den Einsatzkräften, von denen heute viele mit Abitur zur Polizei gehen und dort gleich die Hochschule besuchen, und dem *abgehängten Prekariat*, das zwar ausgehalten (im doppelten Wortsinne), aber weder wertgeschätzt noch gebraucht wird. Über die Jahre hin scheint das Soziale an der Marktwirtschaft sich zurückzubilden, die Integrationsfunktion der Kompensationseinrichtungen (Sozialgesetzbuch, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen) ist möglicherweise an ihre Grenze gelangt oder schon verschlissen. Jedenfalls nehmen (besonders: Schutz-)Polizisten seismographisch genau wahr, dass sich etwas verändert am unteren Rand der Gesellschaft, mit dem sie es meistens zu tun haben. Für sie wird die Arbeit schwerer, weil sich vor allem der Ton und die innere Haltung gegenüber dem Staat verändert hat, weil viele Menschen nicht mehr um ihrer eigene Integration in und um Zugehörigkeit zur unteren Mitte der Gesellschaft ringen, sondern (im unteren Bereich) von lang anhaltender Exklusion betroffen sind. Mit diesen sozialen Milieus gibt es möglicherweise größere Kommunikationsschwierigkeiten als früher (mir fallen in der U-Bahn auch manchmal Jugendliche auf, die augenscheinlich deutsch sprechen, aber derart subkulturell eingetrübt, dass ich sie nicht verspektiven vorbereite, die nichts mehr mit Gestaltungswillen zu tun haben, aber sehr viel mit Lethargie und Fatalismus. Sie orientieren ihre Konfliktkommunikation tendenziell an ihrer eigenen sozio-ökonomischen Situation. In ihr dominiert das Konstruktive, das Machbare, das Individuelle. Leiden ist dort vorübergehend, die Anstrengung, an sich zu arbeiten, lohnt sich, Disziplin zahlt sich aus. Der Glaube an eine prinzipiell gute Ordnung stößt aber in vielen Auseinandersetzungen mit der Klientel auf generationsübergreifende Sinnlosigkeitserfahrung und der Übernahme einer Haltung, die man vielleicht als generalisierte Klientifizierung bezeichnen kann.<sup>9</sup> Viel-

<sup>9</sup> Zunächst einmal bedeutet Klientifizierung, dass man aus Adressaten einer Dienstleistung, z.B. von Sozialleistungen, Klienten macht, die man entsprechend konditioniert, um sie in den bürokratischen Ablauf eines Sozialhilfeparates problemlos einzuspeisen (sie müssen z.B. eine bestimmte Disziplin der Kooperation lernen, sie müssen

leicht ist es das, was deutlicher hervorgetreten ist als früher, dass Resignation keine individuelle Erfahrung von Wenigen, mithin nicht mehr psychologisch ist, sondern ein dominantes Erkennungsmerkmal einer Klassenlage und somit sozial geworden ist. Resignation geht häufig mit Aggression einher und das ist ein schwer zu handhabendes Gemisch für Polizisten, die noch nie ein Spiegelbild der Gesellschaft, sondern immer ein Spiegelbild der sozialen Mittelschicht waren.

Zudem traten plötzliche die gewalttätigen Jugendlichen ins öffentliche Bewusstsein, die U-Bahn-Schläger, die Vandalismus-Freaks und überhaupt die „Gewalt-als-event“- Generation. Sie lösten die alten Hooligans ab, die angeblich noch Regeln im Kampf kannten, auch die Exklusivität der quasi-politischen Schwarzen Blöcke nahm ab. Das neue Schreckgespenst hieß *gewaltgeneigter Hedonismus*, also quasi sinnfreie Gewalt, Gewalt als Selbstzweck. Gewalt erschien nicht mehr politisch eingeraht, nicht als Protest, nicht sozial-revolutionär, sondern aus *der Mitte der Gesellschaft* kommend. Diese erschrak, die Polizei war ratlos, allgemein wurde eine Zunahme der Gewalt konstatiert, und als das wissenschaftlich nicht bewiesen werden konnte, wurde die Zunahme der *straflosen Vorfeldverhaltens* bzw. der Respektlosigkeit, der Beleidigung und anderer *incivilities* (hier einmal mit *Unbotmäßigkeiten* übersetzt) beklagt. Eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) zur *Gewalt gegen Polizeibeamte* dokumentierte eine Verlagerung und eine Formveränderung von Gewalt, relativiert aber insgesamt die Dramatisierungsanmutung so erheblich, dass sie für die Begründung des erschreckenden Gewaltanstiegs nicht taugte<sup>10</sup>. Auch die polizeiinternen Lagebilder (z.B. NRW 2010 zur „Gewalt

über sich Auskunft geben können und wollen etc. Gleichzeitig, und darauf hebt mein Hinweis ab, lernen diese Menschen aber auch, sich erfolgreich so zu verhalten, dass sie das Optimum an materieller und immaterieller Zuwendung bekommen, und dass das Arbeitsbündnis zwischen Sozialarbeiter und dem Klienten auch gut funktioniert. Das kommt manchmal dem nahe, was Goffman „sekundäre Anpassung“ genannt hat, dass man nämlich die Regeln der Institution so ausnutzt, dass für einen selbst auch noch etwas Lukratives herauspringt. Strapazios für die Professionellen wird es dann, wenn sie das Gefühl bekommen, dass die Klienten ein Anspruchsdenken entwickeln, an dessen Ende oft die Umkehrung der Verhältnisse steht: es muss ihnen dann nicht mehr klar gemacht werden, was ihnen alles zusteht, sondern es muss ihnen gegenüber aufwändig begründet werden, warum ihnen bestimmte Leistungen *nicht* zustehen, obwohl die Klienten davon überzeugt sind. Wer sich für diesen Aspekt interessiert, dem sei die Lektüre von Heiko Kleve (2002) empfohlen.

<sup>10</sup> Im Übrigen, das darf man bei allem Wohlwollen gegenüber der Studie nicht vergessen, breitet sie kein Tableau über Gewaltereignisse in Deutschland aus, sie ist also im engeren Sinne gar keine „Gewaltstudie“, sondern sie ist eine Gewaltdiskurstudie. Zudem ist die Auswahl der Teilnehmenden willkürlich zustande gekommen, es fehlt eine Kontrollgruppe, und von den mehr als 20.000 Personen, die auf den Fragebogen zugegriffen haben (was einer Quote von unter 10% des Gesamtpersonals entspricht),



gegen Polizeibeamtinnen und -beamte“) brachten das Gegenteil des Vermuteten zum Vorschein. In NRW kam es 2010 in nur 0,15% der Einsätze zu Gewalt, Beleidigungen bzw. passivem Widerstand, rechnet man Beleidigung und passiver Widerstand heraus, bleiben noch 0,10% der Einsätze verläufe gewalttätig. Man muss, um solches zu bemessen, die Gewalt im Verhältnis zur Einsatzhäufigkeit sehen (in NRW: 4.040.768 Einsätze im Jahr). Das ist immer noch viel, aber im Verhältnis zu den nichtgewalttätigen Einsätzen eben weit unter einem Prozent. Ähnliche Befunde können auch aus Hamburg erwartet werden. Es ist nicht die Gewalt, die den Polizisten Sorge bereitet, sondern die aggressive Kommunikation der Bevölkerung, mit der es die Polizei zu tun hat. Dabei spielt Alkohol eine wesentliche Rolle, es sind auch kulturelle Barrieren, Sprachunterschiede, Verhaltensdifferenzen zwischen den mittelschichtigen Polizisten und den (in der Regel männlichen) Angehörigen des modernen Prekariats. Man kann natürlich die These überprüfen, ob die Polizei heute den kommunikativen Zugang zu dieser Klientel verloren hat, heute, wo kein Polizist und keine Polizistin mehr aus sozialen Randlagen kommen. Wenn sich das so bestätigten würde, dann stellt sich immer noch die zweite Frage, an wem das liegt und wer was dagegen tun kann.

Was hat das mit Responsivität und Gewalt zu tun? Dreierlei: erstens ist nicht die Gewalt gestiegen, sondern die Gewaltwahrnehmung und die Gewaltsensibilität. Gewalt ist eigentlich für die meisten von uns tabuisiert und nur noch als Medienkonserve zu sehen. Findet sie real und brutal statt, fallen wir aus allen Wolken und finden, dass die Gewalt steigt. Zweitens: Als Gewalt wird subjektiv schon empfunden, was früher noch keine Gewalt war: Die vielen früher gepflegten informellen Umgangsformen mit Verstößen funktionieren heute nicht mehr. Denn früher war Gewalt (Schläge) in den Berufsalltag viel selbstverständlicher eingearbeitet als heute. Die *Ohrfeige an Vaters statt*, die pädagogische Tracht Prügel wurde nicht nur von vielen Polizisten als selbstverständliches Züchtigungsmittel angesehen, sondern offenbar auch von vielen so Behandelten (in vielen Erzählungen der heute älteren Polizisten erscheint die *Wirtshausschlägerei* paradigmatisch für die Autorität und die Schiedsrichterfunktion der Polizei. Bei solchen Einsätzen wurden Polizisten oft Teil der Raufkultur, das ist die eine Variante, die andere ist die des beherrzten Schutzmanns, der sich den Weg durch die prügelnde Menge bahnt, den Rädelführer herausholt, isoliert und

sagen mehr als 18.000, dass sie keine eigenen Gewalterlebnisse zu berichten haben (vgl. den Zwischenbericht Nr. 1 Seite 10, Tabelle 2, herunterzuladen unter <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/polizeifob1.pdf>, Zugriff am 01.12.11). Es bleiben etwas mehr als 2000 Respondenten, die von eigenen Gewalterlebnissen sprechen. Das schmälert den Gehalt der Studie nicht insgesamt, aber es relativiert die Aussagekraft doch erheblich.

so wieder Ruhe herstellt. Was daran wahr ist, vermag ich nicht einzuschätzen, es wird wahrscheinlich etwas verklärt werden, denn die Augen der Erzähler glänzen dann immer. Heute ist die Situation etwas ambivalenter: Einerseits mutieren Beleidigung, Geringschätzung, Verhöhnung, Nichtbefolgung von Anweisungen, freches Lachen, Hinspucken, demonstratives Weggehen, Anschreien, Mobbing, Bossing, Stalking, zur Gewalt. Andererseits wissen viele Akteure ganz genau, dass hier ein Vakuum gefüllt werden kann. All diese Tatbestände sind bitter für die Betroffenen, keine Frage. Aber mit den medialen Aufwertung von mancherlei „Ärgernissen und Lebenskatastrophen“ (Hanak/Steinert 1989) ist eben auch eine inflationäre Nutzung des Gewaltbegriffs verbunden. Gewalt ist zum flexibel einsetzbaren Begriff geworden und bezeichnet daher alles und nichts. Letztlich ist Gewalt das, was als Gewalt empfunden wird, und das ist für eine nüchterne Betrachtung relativ unbefriedigend. Drittens: Gewalt ist ein Verdichtungssymbol. Wie wir aus der „Broken-Windows“-Debatte noch in Erinnerung haben, wird mit Verdichtungssymbolen eine Fülle von diffusen Tatbeständen zu einem einzigen griffigen Tatbestand verarbeitet. Viele Ärgernisse, inciviles, Belästigungen, Hundekot, Fahrradfahrer, laute Kinder, Bettler, Obdachlose, Angst vor Unbekanntem, verdichten sich zum Begriff der Gewalt, die sich dann folgerichtig auch überall zeigt.

Ich glaube, es macht Polizisten zu schaffen, dass die Arbeit mit den *Kunden* unberechenbarer geworden ist. Ich fasse das unter den Begriff der so wahrgenommenen grassierenden *Insubordination*. Es ist das Aufbegehren des (oft: nichtbeteiligten) Bürgers gegen die Maßnahmen der Polizisten. Die Bürger tun vermehrt, wozu sie lange Zeit aufgefordert wurden: Sie leihen die Angst vor der Polizei ab, sie mischen sich ein, sie denken viel leicht, sie zeigen damit Zivilcourage. Polizisten spüren, dass sich da in der Kommunikation etwas verändert. Sie nennen es vorläufig Respektlosigkeit, Autoritätsverlust, Nichtachtung. Ich glaube es den Polizisten, wenn sie sagen, das sei schwer zu ertragen, aber es ist Insubordination – keine Gewalt.

Zunehmendes Aufbegehren gegen polizeiliche Maßnahmen ist wahrscheinlich eine Folge der angeordneten „smart-policing“-Politik, was ich oben zu erläutern versucht habe. Durch sie hat die Nähe der Polizei zu vielen Bürgern und Bürgerinnen zugenommen, der Verlust von Autorität gegenüber einer bestimmten Klientel aber auch.

Dies spüren besonders die Einsatzkräfte an sozialen Brennpunkten: Schichtdienstbeamte, Bereitschaftspolizei, eben die *handarbeitenden Polizisten*, die nicht als bürgernahe Beamte arbeiten oder einen anderen Expertenstatus für sich reklamieren können (Kriminalpolizisten können das schon besser als Schutzpolizisten). Für sie bleibt der Rest: Kieze, die nicht

mehr beherrschbar zu sein scheinen, Innenstädte, die sich am Wochenende in Alkoholszenen verwandeln, nicht mehr erreichbare Außenseiter, Menschen in menschenunwürdigen Wohnsituationen und Behausungen. Es wird zunehmend das moderne Prekariat sichtbar, das, abgehangt von Bildung und Wohlstand, sich gerade eben so durchschlägt, nicht gebraucht, eher ausgehalten. Das Ganze wird einigermassen durch Sozialhilfe, RTL und Alkohol sediert, ein revolutionäres Potenzial ist nicht in Sicht (weshalb man im Moment keine Angst vor französischen, englischen, israelischen, spanischen, ägyptischen Verhältnissen zu haben braucht). Doch die Polizei ist dort jeden Tag KIT und FIT (Kriseninterventionsteam und Familieninterventionsteam), behördenübergreifender Zusammenbau u.v.a.m. ändern an der Wahrnehmung der Einsatzbeamten nichts, für sie gibt es weiter die Dauerkunden, die die Polizei brauchen und ausnutzen („Guten Tag, hier ist Frau Meier, ich hätte gern mal wieder ne Wegweisung in der Gartenstraße 16“). Wie gesagt, ich glaube es den Männern und Frauen an der Basis der Polizei, wenn sie sagen, ihr Dienst sei schwerer geworden, aber ich glaube nicht, dass es die Gewalt ist, sondern die aggressive Kommunikation und die Insubordination (sehr ähnliches sagen auch Pflegekräfte, Justizvollzugsbeamte, Lehrpersonen, Fahrlehrer, Müllwerker, eigentlich alle, die mit Menschen in besonderen, situativ von anderen Ausschnitten abgegrenzten Bedingungen zu tun haben). Auch Beleidigungen sind in bestimmten Szenen an der Tagesordnung, sich selbst und auch der Polizei gegenüber. Das kann man beklagen, aber fest steht für mich: *Polizisten werden heute nicht mehr als früher gezielt beleidigt, sondern lediglich aus den alltäglichen Beleidigungsgewohnheiten der Klienten weniger häufig ausgenommen*. Das alles ist schwierig zu ertragen für Polizisten, gerade für junge und gerade für solche, die in behüteten Verhältnissen aufgewachsen sind.

Was ist zu tun? Der Sublimierungsprozess der Polizeiarbeit hat nicht alle Bürger mitgenommen, und er hat auch nicht alle Polizisten mitgenommen, viele Praktiker (und ihre Berufsvertreter) hängen noch im nostalgischen Stadium, in dem „das Wort des Schutzmanns noch etwas gegolten hat“. Ob das je gestimmt hat, wage ich zu bezweifeln. Und wenn schon, so müsste man sagen, dass die goldenen Zeiten endgültig vorbei sind, und eine andere Gesellschaft nicht in Sicht ist. Und von „der Gesellschaft“ eine Veränderung zu erwarten, ist entweder völlig naiv oder populistisch, in beiden Fällen offenbart es ein höchst lückenhaftes Verständnis von sozialen Prozessen.

Man wird gut daran tun, die jungen Polizisten zu fragen, was sie von Respektlosigkeit halten. Und man wird sich auf die vielen kleinen und großen Respektlosigkeiten in der Polizei selbst und durch Polizisten (auf der Ausführens- und auf der Führungsebene) besinnen müssen, um einen Ausweg

aus dem Dilemma zu finden. Es reicht jedenfalls nicht aus zu postulieren, dass man als Polizei alles richtig macht, aber leider die Gesellschaft das nicht einseht. Dann in der Konsequenz heißt das Stillstand in jeder Beziehung: Wir hätten dann nämlich eine *richtige* Polizei und *falsche* gesellschaftliche Verhältnisse. Folgerichtig müsste sich die Gesellschaft ändern, nicht die Polizei. So absurd das auch klingt, so ernst wird diese Forderung in einigen Kreisen der Polizei bewegt. Das eine dürfte schwer werden, das andere – die Veränderung der Polizei – aber auch. Insofern klingen die Begriffe *Responsivität* und *Responsibilität* zwar immer noch fremd, aber sie lassen sich nun vielleicht besser übersetzen als Auftrag, an den tatsächlichen Bedingungen von gesellschaftlicher und polizeilicher Entwicklung zu arbeiten, statt sich auf liebgeordneten Scheingefechte zurückzuziehen.

### Literatur

- Amnesty International (2010): Täter unbekannt, als PDF verfügbar unter <http://www.amnestypolizei.de/sites/default/files/imce/pdfs/Polizeibericht-t-internet.pdf> (23.11.2011)
- Alpert, Geoffrey P./ Roger G. Dunham, (2004): *Understanding Police Use of Force: Officers, Suspects, and Reciprocity*, Cambridge, University Press
- Bässmann, Jörg/Sabine Vogt (1997): *Community Policing*, (BKA-Forschung), Wiesbaden
- Behr, Rafael (2000): Paradoxien gegenwärtiger Polizeiarbeit: Zwischen "Smooth-Policing" und "Knüppel-aus-dem-Sack", in: Lange, Hans-Jürgen (Hg.) (2000): *Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland*, Opladen, S. 221-234
- Behr, Rafael (2004): *Supervision in der Polizei - Zeichen einer neuen Lernkultur oder politischer Reflex? Organisationsentwicklung, Professionalisierung und Reflexivität in bürokratischen Organisationen* Karlhans Liebl (Hg.): *Empirische Polizeiforschung V: Fehler und Lernkultur in der Polizei*, Frankfurt, S. 139-174
- Cremer-Schäfer, Helga (1992): *Skandalisierungsfallen. Einige Anmerkungen dazu, welche Folgen es hat, wenn wir das Vokabular der „Gewalt“ benutzen, um auf gesellschaftliche Probleme und Konflikte aufmerksam zu machen*, in: *KrimJ* Jg. 24, 1/1992, S. 23-36

Dreher, Gunther/Thomas Feltes (1996): Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze bei der Polizei, Holzkirchen/Obb.

Feltes, Thomas/Ernst Rebscher (1990) (Hg.): Polizei und Bevölkerung, Holzkirchen/Obb

Feltes, Thomas (2010): Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz über die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für die hessische Polizei beim Hessischen Landtag (LandespolizeibeauftragtenG), Ms., unveröffentlicht

Hanak, Gerhard/Johannes Stehr/Heinz Steinert (1989): Ärgernisse und Lebenskatastrophen, Bielefeld

Kleve, Heiko (2002): Die 'Klientifizierung' des Privaten. Ein Beitrag zur Soziologie der Sozialen Arbeit, als PDF-Datei zu finden unter [http://www.schoenemann.de/components/com\\_agora/img/members/1/klidentifizierung.pdf](http://www.schoenemann.de/components/com_agora/img/members/1/klidentifizierung.pdf) (30.11.11)

Prigge, Wolfgang-Ulrich/Rolf Sudek (Hg.) (2003): Innere Führung durch Leitbilder? Eine Analyse des Leitbildprozesses bei der Polizei, Berlin

Vöneky, Silja (2010): Recht, Moral und Ethik. Grundlagen und Grenzen demokratischer Legitimation, Stuttgart

## Gewaltdarstellung in der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit

*Andreas Pudlat*

### 1. Einleitung

Polizei(arbeit) im Allgemeinen, vor allem aber die damit verbundene Gewaltausübung durch und gegen Polizeivollzugsbeamte (PVB) steht im besonderen öffentlichen Interesse: bei der alltäglichen Arbeit „aufgrund individuellen Erlebens des einzelnen Bürgers“ ebenso wie in der „massenmedialen Darstellung“ zur Kriminalität, bei der es eine Konzentration auf die Phase des Ermittlungsverfahrens gibt, wie Andra Ionescu (1998) am Beispiel der Tagespresse konstatiert hat. Der Geschensablauf selbst und die Aufdeckungsarbeit der Ermittlungsbehörden, vorrangig die der Polizei, stehen also im Kriminalsujet im Vordergrund. Ein solcher Befund erstreckt sich sicher nicht nur auf die journalistische Berichterstattung im Kontext von Nachrichten, sondern vor allem auch auf Unterhaltungsformate. Damit sind gleichermaßen Reportagen wie Serien und Kriminalfilme gemeint – auch hier steht hauptsächlich die Arbeit der Polizei im Vordergrund.

Zum Kult avanciert sind mittlerweile sowohl die fiktiven „Tatort“-Folgen (kritisch hierzu Kersten 2009) als auch die Begleitung zweier Bochumer Streifenpolizisten. Obwohl im letzteren Falle mit Ausnahme der „Funksprüche, die nach Beendigung der jeweiligen Staffel eingearbeitet werden, [...] alle Szenen live gedreht“ und daher „Toto & Harry“ bei der Polizeiarbeit begleitet und dabei gefilmt“ werden – sie bleiben ein „Medienprojekt“, wie Ingrid Laun-Keller, Leiterin der Pressestelle des Bochumer Polizeipräsidiums, mit dem Titel ihres lesenswerten Berichts selbst einräumt (Laun-Keller 2009: 133).

Daraus lässt sich – vorbehaltlich der Schwierigkeiten einer Rezeptionsmessung – zweierlei schlussfolgern: Erstens die Medien sind nicht nur Mittler,

